

Qualität und Gerechtigkeit

Nachhaltige Bildungspolitik für Bayern und aktuelle Herausforderungen



DR. LUDWIG SPAENLE, MdB

Qualität und Gerechtigkeit sind die Leitziele der bayerischen Bildungspolitik. Wir wollen allen jungen Menschen in unserem Land eine Bildung von höchster Qualität bieten, ganz unabhängig von ihrer Herkunft. Das gilt genauso für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Denn in einer globalisierten Welt ist Bildung die Grundlage von Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und umfassender Teilhabe. Und: Wenn die individuellen Bildungsbiographien gelingen, dann hat auch unsere solidarische Leistungsgesellschaft Erfolg. Umso bedeutsamer ist dies vor dem Hintergrund des demographischen Wandels: Wir können es uns nicht leisten, Talente brachliegen zu lassen. Als rohstoffarmes Land braucht Bayern kluge Köpfe und beste Fachkräfte.

Langfristige Qualitätssicherung

Daher müssen wir erstens die Qualität unseres differenzierten Schulwesens langfristig sichern. Seine herausragende Leistungsstärke hat es vielfach bewiesen – zuletzt im 2010 veröffentlichten Ländervergleich. Laut Bildungsbericht 2010 hat Bayern mit dem geringsten Anteil an Schulabgängern ohne

Schulabschluss. Beim unmittelbaren Übergang von der Schule in eine duale Ausbildung belegt Bayern Platz 1. Bildungsexperten bestätigen: Gerade die Systemkonstanz unseres Bildungswesens ist Grundlage dieser Erfolge.

Unterricht von höchster Qualität

Das differenzierte Schulwesen bildet den passgenauen Rahmen für qualitätvolle Bildung – ausgefüllt durch einen hervorragenden, zeitgemäßen Unterricht, der sich an messbaren Qualitätsstandards orientiert. Derzeit entsteht in Bayern eine neue Lehrplangeneration. Sie nimmt die Kompetenzorientierung stärker in den Blick als bisher. Das bedeutet keineswegs einen Verzicht auf fundamentale Inhalte: Wir setzen weiterhin auf den Dreiklang von Werten, Wissen und Können.

Qualitätvoller Unterricht wird getragen durch hervorragende Lehrkräfte. Deshalb setzen wir weiter auf ihre hochwertige Aus- und Fortbildung. Wir wollen für den Lehrberuf besonders geeignete junge Menschen gewinnen; daher richten wir unseren Blick verstärkt auf die Beratung – in enger Zusammenarbeit mit den Universitäten. An unserer anspruchsvollen zweiphasigen, schulartbezogenen Lehramtsausbildung mit einem zweijährigen Vorbereitungsdienst halten wir aus guten Gründen fest. Zugleich entwickeln wir die unterrichtspraktischen Anteile während des Universitätsstudiums qualitativ weiter; und wir wollen die beiden Ausbildungsphasen systematisch miteinander koordinieren, um Synergieeffekte zu erreichen.

Eigenverantwortung und Evaluation der Bildungsarbeit

Ein Schlüssel zur individuellen Förderung ist ein optimales Maß an Eigenverantwortung für unsere Schulen. Sie öffnet Gestaltungsspielräume und ermöglicht passgenaue pädagogische Arbeit vor Ort. Bei der

konkreten Ausgestaltung der „Eigenverantwortlichen Schule“ bauen wir auf dem Erfahrungsschatz auf, den die Schulen und alle Beteiligten bereits gemeinsam gesammelt haben.

Zu Eigenverantwortung gehört untrennbar die Verantwortung für die Qualität der eigenen Bildungsarbeit. Ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung ist die regelmäßige interne und externe Evaluation an Bayerns Schulen, die seit dem 1. August 2008 im BayEUG verankert ist – ein wesentlicher Schritt zum systematischen Qualitätsmanagement.

Weiterentwicklung der Bildungsgerechtigkeit

Die langfristige Sicherung der Bildungsqualität ist die eine Grundlage nachhaltiger Bildungspolitik. Die zweite ist die Weiterentwicklung der Bildungsgerechtigkeit.

Differenzierung und Durchlässigkeit

Bildungsgerechtigkeit bietet nur ein Bildungswesen, das vom einzelnen jungen Menschen ausgeht, ihm eine individuelle Bildungsantwort gibt und vielfältige Wege zu einem hochwertigen Schulabschluss öffnet. Deshalb ist das bayerische Schulwesen differenziert: Haupt-/Mittelschule, Realschule und Gymnasium sowie die vielfältigen beruflichen Schulen bieten jedem jungen Menschen seinen Bildungsweg. Diese Wege sind schlüssig miteinander verbunden. Dabei gilt: Eltern und ihre Kinder werden von Anfang an intensiv begleitet und beraten.

Ein sichtbares Zeichen für die bereits erreichte Durchlässigkeit: Allein 15 verschiedene Wege führen in Bayern zum Abitur – außerhalb des Gymnasiums, vor allem über die berufliche Bildung. Schon heute kommen von hier mehr als 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen.

Unser differenziertes Schulwesen in seiner Vielfalt zu erhalten und zugleich weiter an seiner Durchlässigkeit zu arbeiten – das ist

für mich die eine Grundlage für die Weiterentwicklung von Bildungsgerechtigkeit. Die zweite ist der stetige Ausbau der individuellen Förderung.

Individuelle Förderung für Hochbegabung, Inklusion und Integration als besondere Herausforderungen

Ich beleuchte drei besondere Herausforderungen näher: die Hochbegabtenförderung, die Inklusion und die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Wenn wir besonders talentierte junge Menschen fördern, tun wir dies auch für unsere gesamte Gesellschaft. Denn wer heute durch seine Leistungsfähigkeit, seine Interessen, seine Motivation in der Schule auf sich aufmerksam macht, gehört zur potenziellen Verantwortungselite von morgen – in Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Ich freue mich sehr, dass wir ein reiches Spektrum an Hochbegabtenprogrammen vorweisen können: etwa Hochbegabtenklassen, Frühstudium, Ferienseminare, Wettbewerbe und „Elitenetzwerk-Bayern-Seminare“. Damit stellen wir bei der Eliteförderung eine einzigartige Kontinuität her. Zuletzt ist im Sommersemester 2011 das Projekt „Unitag“ dazugekommen, ein „studium generale en miniature“.

Wir stellen uns auch in umfassender Weise der Verantwortung für die schulische Bildung von jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention haben die Vertragsstaaten die Teilhabemöglichkeit in der allgemeinen Schule zum Regelfall gemacht. Das begrüßen wir ausdrücklich. Ein wichtiger Schritt zur Inklusion: In Bayern haben sich alle im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam der Umsetzung der Konvention im schulischen Bereich angenommen. Mein Dank gilt hier

insbesondere der bundesweit einzigartigen interfraktionellen Arbeitsgruppe. Sie hat eine Novelle des BayEUG erarbeitet, die zum 1. August 2011 in Kraft tritt. Diese sieht unter anderem Schulen mit dem Schulprofil „Inklusion“ als Motor der Entwicklung vor. Ins nächste Schuljahr können wir mit deutlich mehr als den ursprünglich geplanten 30 Profilschulen starten! Darüber hinaus sollen sich alle Schulen der Herausforderung „inklusive Schule“ annehmen. Die Förderschulen sollen erhalten bleiben – als Kompetenzzentren, als unverzichtbare Kooperationspartner und auch als Lernort. All dies ermöglicht ein passgenaues Eingehen auf die sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen.

Ebenso ist die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dabei gilt: Bildungsteilhabe ist mitentscheidend für gelingende Integration. Hier gibt es bereits Erfolge: Der Anteil der Schüler, die sich schwerer tun – unter ihnen überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund – ist im Verlauf der PISA-Untersuchungen zurückgegangen. Auch die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund nimmt ab. Und erfreulich viele junge Menschen nichtdeutscher Herkunft besuchen die Berufliche Oberschule in Bayern.

Wir sehen aber deutlich den Auftrag, weiter mit voller Kraft an der Verbesserung der Teilhabe zu arbeiten. Deshalb unterstützen wir junge Menschen mit Migrationshintergrund frühzeitig und umfassend: durch eine intensive Deutschförderung, beginnend mit dem auf 240 Stunden ausgeweiteten Vorkurs im letzten Kindergartenjahr; durch die Senkung der Klassenstärken in Grund- und Haupt-/Mittelschulen auf maximal 25, wenn in der Klasse mehr als 50 % der Schüler einen Migrationshintergrund haben; und auch der weitere Ausbau der Ganztagsan-

gebote an allen Schularten schafft besonders gute Voraussetzungen für eine intensivierte Förderung. Kernbestandteil des bayrischen Gesamtkonzeptes zur Integration ist darüber hinaus die Einbindung der Familien sowie externer Partner. Ich meine: Das sind gute Voraussetzungen, um eine größere Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und ihre Talente für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft fruchtbar zu machen.

Qualität und Gerechtigkeit: eine länderübergreifende Aufgabe

Sicherung der Bildungsqualität und Weiterentwicklung der Bildungsgerechtigkeit sind aus meiner Sicht die Zukunftsthemen einer nachhaltigen Bildungspolitik. Deshalb setze ich mich dafür auch in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern ein. In einer Zeit hoher Mobilität müssen die Länder den jungen Menschen und ihren Familien Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit in der Bildung garantieren. Daher sehe ich es als gemeinsame Aufgabe, eine klare Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse in Deutschland zu schaffen. Zusammen mit meinen Amtskollegen Henry Tesch (Mecklenburg-Vorpommern) und Prof. Roland Wöllner (Sachsen) habe ich vorgeschlagen, zunächst eine größere Gemeinsamkeit im Abitur in einem Staatsvertrag festzuhalten. Andere Länder sind aufgerufen, sich dieser Idee anzuschließen! Es geht hier um nichts weniger als die Vereinbarkeit der Grundrechte auf Bildung und Mobilität in Deutschland.



DR. LUDWIG SPAENLE, Mdl
Bayerischer Staatsminister
für Unterricht und Kultus

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Dr. Josef Pultuskier, München
- Susanne Söffge, Susanne Söffge Management Consulting, München
- Antal International Network, München, Richard Adam
- Hans Roth, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, München
- Christoph Gabath, ACELOT GmbH, München
- Torsten Huning, ALSTOM Grid GmbH, Happing
- Dr. Erich Rudolf Biedermann, Holzkirchen
- Landesinnung Bayern für Orthopädie - Schuhtechnik, München, Heinz-Dieter Berkau
- neumarkt TV fm rundfunkanbieter GmbH, Neumarkt, Frank Müller
- Dr. Martin Haunschild, bavAIRia e.V., Starnberg
- Thomas Wachter, Notar, München
- Ulrich Stauber, Sonntag & Partner, München



Alles in Textil... bestickt – gewoben – bedruckt – bestrast individuell gefertigt z.B. Trage-/Rucksacktaschen für Kinder & Erwachsene auch Öko-Tex/Bio-Baumwolle

München – Kiblegg – Zürich – Wien
Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam
Schwanthaler Strasse 100, 80336 München
Telefon: 089 54329890,
Telefax: 089 54343587,
E-Mail: post@kerler.de
Internet: www.kerler.de,
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

IMPRESSUM: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Produktion/Anzeigen:** WELTBUCH Verlag, Tel. 0351-4794244, www.weltbuch-media.de • Red.-schluss: 11.08.11

Editorial



Halbzeit bei der Sommerpause. Für einige von Ihnen ist der Urlaub bereits zu Ende. Ich hoffe, Sie konnten auftanken und sind voller Tatendrang an Ihre Schreibtische zurückgekehrt. Andere brechen in diesen Tagen erst in die Ferien auf. Ihnen wünsche ich an Ihren in- oder ausländischen Urlaubszielen erholsame Tage.

Der Wirtschaftsbeirat hat in den letzten beiden Wochen vor den Ferien noch einmal ein kleines Veranstaltungsf Feuerwerk abgebrannt. Am 18. Juli ist der Bayerische

Wirtschaftstag 2011 im schönen Würzburg über die Bühne gegangen. Wir haben zukunftsweisende Reden von unserem Präsidenten Dr. Otto Wiesheu, vom Bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon, vom Vorsitzenden des Zukunftsrats der Bayerischen Staatsregierung, Prof. Herbert Henzler, und von Prof. Norbert Berthold, Universität Würzburg, gehört. Küche und Keller haben beim anschließenden Empfang bewiesen, dass man in Unterfranken zu leben versteht. Ich danke auch bei dieser Gelegenheit noch einmal allen Sponsoren, die uns bei der Ausrichtung dieses Großerignisses großzügig unterstützt haben.

Danach hatten wir in München zwei europäische Schwergewichte zu Gast. Klaus Regling, der Chef der European Financial Stability Facility (ESFS) sprach am Vorabend des Sondergipfels der Europäischen Regierungschefs „just in time“ über die Stabilisierung des Euro. In seinem faktenreichen Vortrag wurde deutlich, dass die EU bereits vor dem Gipfel ein ganzes Bündel von Entscheidungen getroffen und umgesetzt hatte, um die schwere Staatsschuldenkrise in der Eurozone zu überwinden. Auf dem Gipfel sind weitere Beschlüsse hinzugekommen. Leider hat die Ruhe

an den Finanzmärkten trotzdem nur kurz gehalten. Das Thema wird uns also in den kommenden Wochen und Monaten weiter beschäftigen.

Nur wenig später hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger rhetorisch brillant über die europäischen Dimensionen der Energiepolitik referiert – auch er vor voll besetzter Palaishalle im Bayerischen Hof. Das zeigt, wie sehr die Energiewende nach wie vor auch die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates beschäftigt.

Ähnlich wuchtig, wie wir das Sommerprogramm beendet haben, werden wir im Herbst gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler starten: Am 7. September erwarten wir Prof. Dr. Paul Kirchhof. Er wird seine „revolutionären“ Überlegungen für ein einfaches und gerechtes Steuersystem, an denen er jahrelang gearbeitet hat, präsentieren und mit uns diskutieren.

Ich freue mich auf neue Begegnungen mit Ihnen.

Ihr
Jürgen Hofmann

Terminvorschau

7. September, München

Ausschüsse Steuer- und Finanzpolitik und Mittelstandspolitik sowie Bezirk München

Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht, Bundesverfassungsrichter a.D. „Die Bedeutung eines einfachen Steuerrechts für Wirtschaft und Demokratie in Deutschland“

11. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitische Frühschoppen mit Staatssekretär Markus Sackmann, MdL

13. September, München

Ausschuss für Medienpolitik: Dr. Peter Frey, Chefredakteur ZDF Mainz „Die journalistischen Herausforderungen des Fernsehens im digitalen Zeitalter: Welche strategische Aufstellung findet das ZDF im Spannungsfeld zwischen klassischem ‚linearem‘ Fernsehen und der Internetwelt?“

20. September, Kempten

Bezirk Kempten: Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident des Genossenschaftsverbandes Bayern

„Auswirkungen von Basel III auf den Mittelstand“

3. Oktober, München

Junge Unternehmer: Wiesnabend

6. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn „Netze und neue Medien“

8.-11. Oktober, Passau

Bezirk Passau: Delegationsreise nach Ungarn

10. Oktober, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen, Berlin, Technische Universität München „Perspektiven der Umweltpolitik für ein nachhaltiges Deutschland“

11. Oktober, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Prof. Dr. Johann Plank, Lehrstuhl für Bauchemie an der Techn. Universität München „Faszination Chemie – von der Alchemie zur modernen Materialchemie“

12. Oktober, München

Arbeitskreis Immobilien

17. Oktober, München

Bezirk München

25. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dr. Christoph Fasel, Institut für Verbraucherjournalismus an der SRH Hochschule Calw gGmbH „Web TV – einfach überzeugend? Was Verbraucher erwarten?“

30. Oktober, Bamberg

Bezirk Bamberg: Ministerialrat Dr. Gerd von Laffert, Referatsleiter Energiepolitische Grundsatzfragen Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, „Kernenergieausstieg und Energiewende in Bayern“

31. Oktober, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Rüdiger Grube, Vorsitzender des Vorstandes Deutsche Bahn AG

11. November, Passau

Ausschuss für Tourismus: „Integrierte Angebote – Integriertes Ticketing“

15. November, München

Ausschuss für Medienpolitik: Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

16. November, München

Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirates Bayern: mit dem Ministerpräsident Horst Seehofer

Bayerischer Wirtschaftstag 2011 in Würzburg

„Zukunft Bayern – wie wir unsere Spitzenposition im globalen Wettbewerb und demografischen Wandel behaupten.“

„Wir dürfen unsere Hände nicht in den Schoß legen“, betonte der bayerische Finanzminister Georg Fahrenscho (CSU) gleich zu Beginn seiner Rede. Obwohl Deutschland und insbesondere Bayern die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorragend überstanden hätten, gelte es nun, an der Verbesserung der strukturellen Bedingungen weiter zu arbeiten, unterstrich der Redner beim Bayerischen Wirtschaftstag in Würzburg. Motto der hochkarätig besetzten Vortragsveranstaltung: „Zukunft Bayern – wie wir unsere Spitzenposition im globalen Wettbewerb und demografischen Wandel behaupten“. Fahrenscho präsentierte seinem Auditorium im Congress Centrum einen Sieben-Punkte-Plan, der die zentralen Zukunftsherausforderungen des Freistaats sowie Maßnahmen zu deren Lösung in den Mittelpunkt rückte. Neben dem Minister hatte Gastgeber und WBU-Präsident Dr. Otto Wiesheu mit Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg, und Prof. Dr. Herbert Henzler, Vorsitzender des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung, zwei weitere renommierte Referenten gewonnen.



Staatsminister Georg Fahrenscho, Mdl

Nachdem Fahrenscho die Bedeutung des Mittelstandes hervorgehoben hatte, formulierte er sieben Maßnahmen, mit denen die Bayerische Staatsregierung die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns verteidigen und ausbauen will. Als erste Voraussetzung für dieses Ziel nannte der Finanzminister eine solide Haushaltspolitik. Sein Ressort habe die zentrale Aufgabe, die Konsolidierung der bayerischen Finanzen voranzutreiben. „Ein Staatshaushalt muss in diesen Zeiten ohne neue Schulden auskommen“, unterstrich Fahrenscho. Die zweite Maßnah-



v.l. Prof. Dr. Berthold, Staatsminister Fahrenscho, Präsident Wiesheu, Prof. Dr. Henzler

me: Eine pointierte Schwerpunktsetzung des Kabinetts. Letzteres investiere gegenwärtig vor allem in Familie, Bildung sowie Infrastruktur und Innovation. Insbesondere beim Thema Bildung unternehme die Regierung enorme Kraftanstrengungen. „Über ein Drittel des bayerischen Staatshaushaltes ist für den Bildungsbereich reserviert“, so Fahrenscho. „Im Jahr 2011 bedeutet das 38.000 neue Studienplätze und 3000 neue Stellen für Lehrpersonal an den Hochschulen und Universitäten“, bilanzierte der Redner. Trotz Studiengebühren würden Studenten aus ganz Deutschland nach Bayern kommen: „Denn sie wissen, dass sie hier hervorragende Möglichkeiten vorfinden“, so Fahrenscho.

Als dritte Stellschraube brachte Fahrenscho die Energiewende ins Spiel – nach Ansicht des Ministers eine große Chance für den Innovationsstandort Bayern. Obwohl der Gast aus München die Bedenken der Unternehmer um Versorgungssicherheit, Preisentwicklung und Stabilität der

Netze ernst nehme, wies er darauf hin, dass die Energiewende einen regelrechten Schub für den Mittelstand auslösen könne. Dieser werde zu mehr Unabhängigkeit, Wohlstand und zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. „Umweltschutz ist kein Jobkiller, sondern ein Jobknüller.“ Im Technologiebereich würden die bayerischen Ingenieure außerdem über genügend Kompetenz verfügen, um erfolgreiche Zukunftsmodelle zu entwickeln.

Keine steuerpolitische Eiszeit

Eine aktive Steuer- und Wirtschaftspolitik führte der Redner als vierten und fünften Punkt seines Maßnahmenkatalogs an. Zwar müsse am Sparkurs festgehalten werden, dieser dürfe aber keine „steuerpolitische Eiszeit“ bedeuten. Der Mittelstand müsse fähig sein, Investitionen zu tätigen. Auch in den Bereichen Forschung und Entwicklung sei eine steuerliche Entlastung notwendig. Punkt sechs der zentralen Zukunftsheraus-



forderungen: die Euro-Krise. Immer weniger Bundesbürger hätten Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung. Obwohl Deutschland vom Euro profitiere, lägen die Zustimmungswerte bei unter 40 Prozent. Nicht der Euro sei das Problem, sondern das schlechte Haushalten einiger Mitgliedsstaaten: „Wir bräuchten in Europa mehr bayerische Finanzpolitik“, betonte Fahrenschn. Eindeutig bezog der Finanzminister Stellung gegen eine Transferunion. Eine Umschuldung Griechenlands wollte er indes nicht ausschließen. Um die Spitzenposition Bayerns in Zukunft zu festigen, brauche es als siebtes Kriterium schließlich noch engagierte Bürger. „Wir brauchen Mut- und keine Wutbürger“, erläuterte der Redner, der trotz aller Probleme Optimismus an den Tag legte: „Wenn wir die Schwerpunkte richtig setzen, sind wir für die Zukunft bestens gerüstet.“

Verbesserungspotential auch in Bayern

Nach Auffassung des zweiten Referenten, Prof. Dr. Norbert Berthold, gebe es aber auch in Bayern noch Verbesserungspotential, obwohl sich der Freistaat im Standortwettbewerb hervorragend behauptet habe. In den vergangenen 20 Jahren haben Berthold und seine Kollegen 16 Bundesländer auf Erfolgsfaktoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Wirtschaftswachstum, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, soziale oder innere Sicherheit untersucht. Unter den Flächenstaaten stünden Bayern und Baden-Württemberg an erster Stelle. Beide Bundesländer würden den so genannten Erfolgsindex mit großem Abstand anführen. Der Wermutstropfen: „Bayern ruht sich auf seinen Lorbeeren aus. Es rangiert zwar immer noch an zweiter Stelle, ist aber schlechter geworden“, erklärte Berthold. „Der Freistaat muss mehr tun, um an der Spitze zu bleiben.“



Prof. Dr. Norbert Berthold

Die Stärken des Freistaates: Die hohe Selbst-

ständigen-Quote, der niedrigste Schuldenstand, eine geringe Insolvenzhäufigkeit, die hohe Frauenbeschäftigungsquote, wenig Alleinerziehende, wenige Ehescheidungen und ein hoher Wohlstand. Zudem seien die großen Universitäten in der Regel finanziell gut ausgestattet, die Unternehmen verfügten über einen hohen Eigenkapitalstock und die Gewerbesteuer befinde sich auf einem relativ niedrigen Niveau. Ebenso führte Berthold seinem Publikum aber auch die Schwächen Bayerns vor Augen: Dazu gehörten unter anderem eine rückläufige Investitionsquote, die hohe Belastung durch den Länderfinanzausgleich, die lange Verfahrensdauer der Arbeitsgerichte, der unterdurchschnittliche Dienstleistungssektor, wenige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, zu wenige Professoren in Fachgebieten mit hoher Innovationsrelevanz, zu wenig staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Als Erfolgshemmnisse würden die privaten Unternehmer in Deutschland vor allem den Kündigungsschutz, die Gewerkschaftsmacht, die Unübersichtlichkeit in der Regulierung sowie die Besteuerung erachten. 78 Prozent beantworteten die Frage, ob man hierzulande zum Unternehmertum motiviert werde, mit nein. Berthold kam letztlich zu dem Schluss, dass die individuelle Eigenverantwortung gestärkt und der Staat wieder mehr „vom Bürger gedacht“ werden müsse. „Es gilt, das Dickicht der staatlichen Umverteilung zu durchforsten und zu lichten. Ich denke hier auch an die interregionale Umverteilung, also den Länderfinanzausgleich, Strukturfonds und Rettungsschirme“, erklärte Berthold.

Stärkeres Bewusstsein für Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Herbert Henzler, Vorsitzender des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung, ging in seinem Vortrag auf die globalen Megatrends und ihre Auswirkungen auf den Freistaat ein.

Zum demographischen Wandel erklärte Henzler, dass die Bevölkerungszahl Bayerns im Vergleich zu jener der meisten anderen Bundesländern nicht schrumpfen sondern auch in den kommenden 20 Jahren konstant bleiben werde. Allerdings werde die Zahl der bis 19-Jährigen in diesem Zeitraum um etwa 20 Prozent sinken, die Zahl der über 75-Jährigen aber um 33 Prozent steigen. In zehn Jahren werde es zudem 40 Prozent mehr 85-Jährige geben als heute. „Das sind dramatische Verschiebungen für die Sozialsysteme. Die über 60 Jährigen werden ein Drittel der Bevölkerung Bayerns ausmachen“, bilanzierte der Redner. Als Maßnahme empfahl Henzler mehr Anstrengungen im Bildungssektor, um den

technisch-kreativen Spitzenplatz im internationalen Vergleich zu behaupten. Zudem müsse die Hochschulabbrecher-Quote von 15 bis 20 Prozent reduziert werden. „Das ist volkswirtschaftlich verschleudertes Potential.“ Henzler plädierte überdies dafür, den Hochschulzugang für Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien zu erleichtern. Auch hier bleibe Potential ungenutzt.



Prof. Dr. Herbert Henzler

Dr. Otto Wiesheu wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass es trotz der positiven Wirtschaftslage ein schwerer Fehler wäre, sich in der momentanen Situation auszuruhen. „Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik lebt von langfristig tragfähigen Entscheidungen. Heute muss das gesät werden, was wir morgen und übermorgen ernten wollen.“ Als zentrale Probleme der Gegenwart nannte der WBU-Präsident die anhaltende Staatsschuldenkrise, die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte sowie Engpässe in der Rohstoffversorgung. Diese Entwicklungen ließen auch Bayern nicht unberührt. Darüber hinaus leide derzeit das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Prozess, dem man sich mit aller Macht entgegenstellen müsse. „Freiheit und Verantwortung, Subsidiarität und Beteiligungsgerechtigkeit können und dürfen nicht zur Disposition stehen.“ Der Redner sprach sich außerdem dafür aus, dass die Industrie Leitsektor der bayerischen Wirtschaft bleiben und der Mittelstand als stabilisierendes Element der Gesellschaft gepflegt und gestärkt werden müsse. Zum Thema demografischer Wandel artikuliert Wiesheu neue Überlegungen: Das Arbeiten bis 67 sei bisher vor allem deshalb propagiert worden, um das Rentensystem zu stabilisieren. „Vor dem Hintergrund eines Arbeitsmarktes, der teilweise jetzt schon leergefegt ist, rückt bei diesem Thema auch die Deckung des Fachkräftebedarfs in den Vordergrund. Wieso sollen wir also diejenigen, die mit 67 noch arbeiten wollen, nicht weiterarbeiten lassen?“

LUTZ KORNDÖRFER

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



Der **Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik** befasste sich bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Hanns-Seidel-Stiftung am 27. Juni im HVB-Forum mit der Thematik „Arbeiten bis 67“. V.l.n.r.: Dr. Christine Sasse, Dr. Sasse AG, Präsident Dr. Wiesheu, Harald Krüger, Mitglied des Vorstands der BMW AG.



„Führen durch Kommunizieren: Benediktinische Aspekte zur Wertediskussion“ stand im Mittelpunkt der diesjährigen **Frauenwörter Gespräche** am 1. Juli. V.l.n.r.: Abt Dr. Johannes Eckert OSB, Äbtissin Johanna Mayer OSB, Dr. Albert Gresser, Vorstand MAGRAL AG, Gerhard Lux, BKU Diözese München-Freising, Adolf Dinglireiter, WBU-Bezirk Rosenheim und Dr. Michael Elsen, WBU-Bezirk Berchtesgadener Land-Traunstein.



Über „Biosprit – Wege aus der Akzeptanzfalle“ sprach am 4. Juli beim **Ausschuss für Verkehrspolitik** Dr. Klaus Picard, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Mineralölverbandes. V.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Stefan Klatt, Dr. Klaus Picard, Hans Wormser.



Grenzüberschreitender Sommerempfang der **ostbayerischen Bezirke** des Wirtschaftsbeirates Bayern unter dem Motto „Österreich und Bayern – Hand in Hand in der Mitte Europas“ am 12. Juli im Kloster Reitenhaslach. V.l.n.r.: Dr. Michael Elsen, Vorsitzender des Bezirks Berchtesgadener Land/Traunstein, Rudolf Fellner, Vorsitzender des Bezirks Passau, DI Klaus Pöttinger, Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich, Thorsten Weinelt, Leiter Global Research und Chefstrategie UniCredit Group, Dr. Willi Kleine, Vorsitzender des Bezirks Inn/Salzach.



Der **Arbeitskreis Kirchen** widmete sich unter der Leitung von Prof. Martin Balle (m.) am 14. Juli der Frage „Der postmoderne Mensch heute – am Ende seiner Freiheit?“. Die beiden Referenten: Prof. Dr. Dr. Günter Rager, Direktor Emeritus des Instituts für Embryologie und Anatomie in Fribourg (Schweiz) (l.), und Prof. Dr. Martin Thurner, Martin-Grabmann-Forschungsinstitut der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München (r.).



Prof. Dr. Edward Krubasik (m.) hatte am 19. Juli zu einer Sitzung des **Ausschusses für Industrie, Technologie und Innovationen** eingeladen. Prof. Dr.-Ing. Reinhold E. Achatz, Corporate Vice President Siemens AG (r.) und MdL Markus Blume (l.) sprachen über die Perspektiven der „Informations- und Kommunikationstechnologie in Bayern“.



ESFS-Chef Klaus Regling (r.) referierte am 20. Juli über die Herausforderungen der Währungsunion. Der Leiter der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität folgte der Einladung von Dr. Angelika Niebler (l.), MdEP, Vorsitzende des **Forums Brüssel** im Wirtschaftsbeirat.



EU-Energiekommissar Günther Oettinger erläuterte bei einer gemeinsamen Veranstaltung des **Bezirks München** und des **Energieausschusses** am 28. Juli Europas Energiepolitik der Zukunft und deren Auswirkungen auf Bayern. V.l.n.r.: Ewald Woste, Günther Oettinger, Dr. Otto Wiesheu, Hans Hammer.

Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

Anzeigen bequem und formlos per E-Mail oder Fax buchen oder Mediadaten anfordern unter: weltbuch@mac.com oder Fax: **0351-4794245**

▶	1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €	1/2 19 x 13,5 cm 850,- €	
	1/3 6 x 27,4 cm 19 x 8,8 cm 620,- €	1/4 6 x 20 cm 19 x 6,4 cm 340,- €	1/8 6 x 9,8 cm 9,2 x 6,4 cm 290,- €